

Hoffnung auf ein Ende der Gewalt

Südphilippinen: Am Montag soll in einem historischen Wahlakt abgestimmt und Südostasiens ältester Konflikt beendet werden

Von Rainer Werning

Nun endlich Stimmzettel statt Kugeln? Das zumindest ist die große Hoffnung von annähernd 2,4 Millionen potentiellen Wählern, die am 14. September in einem historischen Urnengang darüber abstimmen können, wer fortan im Rahmen eines 80köpfigen Parlaments die Politik in der Autonomen Bangsamoro-Region im muslimischen Mindanao (Barmm) bestimmt. Die Aufteilung und Struktur der Region Bangsamoro (das Volk bzw. die Nation der Moros) ist aus einem Friedensabkommen hervorgegangen. Sie ist die einzige autonome der 18 Regionen der Philippinen und die einzige mit einer parlamentarischen Struktur im Rahmen eines präsidentiellen Regierungssystems. Die Barmm umfasst die Provinzen Lanao del Sur, Maguindanao del Norte, Maguindanao del Sur, die Stadt Cotabato und ein Sondergebiet auf dem Festland sowie die Inselprovinzen Basilan und Tawi-Tawi. Insgesamt stellen sich dreizehn Parteien zur Wahl.

Von 1571 bis 1898 währte die spanische Herrschaft über jenen südostasiatischen Archipel, den die Spanier unter dem Namen »Philippinen« als Kolonie in Besitz genommen hatten. Doch die Konquistadoren vermochten nur den nördlichen und zentralen Teil des Inselreiches unter ihre Kontrolle zu bringen. Im Süden widersetzten sich die islamisierten Gesellschaften, von den Spaniern abfällig »Moros« genannt, dem Kolonialjoch. Erst während der sich unmittelbar anschließenden US-amerikanischen Herrschaft über das Land (1898–1946) wurde der Süden in blutigen »Befriedungskampagnen« unterworfen. Externe Abhängigkeit und interne Kolonisierung sorgten auch in den folgenden 80 Jahren für Gewalt, Vertreibung und bürgerkriegsähnliche Zustände, in deren Verlauf etwa 150.000 Menschen ums Leben kamen.

Seit den in den 1970er Jahren wieder aufgeflammt bewaffneten Auseinandersetzungen hat die muslimische Bevölkerung im Süden in der Geschichte des Landes nie dagewesene Grausamkeit erlitten. Nicht nur die Kämpfe zwischen der Regierung und den Rebellen der Nationalen Befreiungsfront der Moros (MNLF) und der Islamischen Befreiungsfront der Moros (MILF) sowie deren jeweiligen Verbündeten wurden auf ihrem Rücken ausgetragen, sondern auch die Fehden zwischen politischen Dynastien und radikalen Dschihadisten. Dem Massaker von Ampatuan (2009), bei dem im Zuge einer Gouverneurswahl 58 Zivilisten (darunter 32 Journalisten) ermordet wurden, folgte die Belagerung von Zamboanga City (2013), in deren Folge über 200 Menschen starben und über 120.000 Zivilisten flüchten mussten oder vertrieben wurden. Die missglückte Operation Mamasapano (2015), bei der ein dschihadistischer Terrorist festgenommen werden sollte, kostete 44 Soldaten

der philippinischen Nationalpolizei das Leben. Bei der fünfmonatigen Belagerung von Marawi City (2017) starben etwa 1.200 Menschen, das Stadtzentrum wurde zerstört und mehr als 350.000 Einwohner wurden vertrieben.

Nach zähen Waffenstillstands- sowie Friedensverhandlungen wurde 2014 das umfassende Abkommen über Bangsamoro (CAB) unterzeichnet, was den Weg zur Gründung der Barmm ebnete. Der relative Frieden in der autonomen Region vor 2022 fiel mit der Amtszeit der Bangsamoro Transition Administration (BTA) zusammen, einer nicht gewählten Übergangsbehörde, die effektiv von der MILF kontrolliert wurde. Das Abkommen übertrug der BTA die Regierungsgewalt über die autonome Region Bangsamoro bis zur Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2022, nach der sie ihre Befugnisse abgeben sollte. Doch die Coronapandemie und diverse administrative und rechtliche Probleme vereitelten den Zeitplan und führten dazu, dass die avisierten Barmm-Parlamentswahlen mehrfach verschoben wurden.

Zwar profitierte die MILF von der verlängerten Amtsperiode. Sie tritt mit ihrer eigenen politischen Formation, der United Bangsamoro Justice Party, beim bevorstehenden Urnengang an. Doch unvorhergesehene Interventionen seitens der Zentralregierung in Manila führten zu Friktionen innerhalb der MILF-Führung, was unter anderem dazu führte, dass der bis noch vor kurzem amtierende Chef des militärischen Arms der Organisation von der Regierung von Ferdinand Marcos politisch kooptiert wurde und am 14. September mit seiner eigenen Partei ins Rennen geht.

<https://www.jungewelt.de/artikel/529639.philippinen-hoffnung-auf-ein-ende-der-gewalt.html>